

# Brexit: Studien zu Auswirkungen auf Österreich im Überblick<sup>10</sup>

Um einen ungeordneten (Hard-) Brexit zu verhindern, muss bis 29. März eine politische Lösung im Streit um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im britischen Parlament gefunden werden. Mit einem ungeordneten Austritt gingen – empirischen Studien zufolge – beachtliche wirtschaftliche Einbußen und damit volkswirtschaftliche Kosten für die britische Volkswirtschaft und auch für die EU einher. Gegenwärtig zeichnet sich auf britischer Seite noch kein (innenpolitischer) Kompromiss ab. Die Entscheidung der Briten aus der EU austreten zu wollen und die damit im Zusammenhang stehende Unsicherheit über die Abwicklung dieses Vorhabens dürfte bereits in den letzten zwei Jahren Wachstumseinbußen für die britische Volkswirtschaft mit sich gebracht haben. Die ökonomischen Auswirkungen des Brexits sind Gegenstand zahlreicher empirischer Studien. Da sich die vorliegenden Studien im Hinblick auf die unterstellten Annahmen stark unterscheiden, sind ihre Ergebnisse nicht direkt vergleichbar. Trotzdem lassen sie eine Einschätzung der zu erwartenden ökonomischen Effekte zu. So kann davon ausgegangen werden, dass der Austritt aus der EU für das Vereinigte Königreich beträchtliche negative BIP-Effekte – und damit Einkommensverluste – mit sich bringen wird, während die Auswirkungen auf die EU insgesamt deutlich schwächer sein dürften. Allerdings dürften diese für die einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich stark ausfallen; für die österreichische Volkswirtschaft werden sie – den Studien zufolge – vergleichsweise gering sein.

## Brexit: Es braucht eine Entscheidung bis 29. März 2019

Nachdem bei der Volksabstimmung am 23. Juni 2016 51,89% der Briten zugunsten des Austritts des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU (Brexit) gestimmt haben, leitete die britische Regierung am 29. März 2017 den Austrittsprozess gemäß Artikel 50 des Vertrags der Europäischen Union ein. Demnach soll das Vereinigte Königreich mit 29. März 2019 aus der Europäischen Union ausscheiden. Allerdings wurde der zwischen der britischen Regierung und den verbleibenden EU-27 Ländern ausverhandelte Austrittsvertrag vom britischen Parlament am 15. Jänner 2019 abgelehnt. Sechs Wochen vor dem geplanten EU-Austritt des Vereinigten Königreichs herrscht somit keine Klarheit darüber, wann und in welcher Form der Brexit umgesetzt wird.

Von EU-Seite wird betont, dass der ausverhandelte Austrittsvertrag nicht nochmals aufgeschnürt wird – auch keine Einzelteile. Im Gegensatz dazu verlangt das britische Parlament von der britischen Regierung, dass v.a. die Backstop-Lösung<sup>11</sup> mit der EU neu verhandelt werden soll. Diese soll eine harte EU-Außengrenze zwischen Irland und Nordirland nach dem britischen Austritt verhindern. Das britische Parlament hat darüber hinaus die britische Regierung aufgefordert, einen Hard-Brexit (Austritt aus der EU ohne Vertrag) auszuschließen. Diese Forderung ist für die Regierung allerdings nicht bindend.

Vier Wochen vor dem 29. März ist somit nach wie vor offen, zu welcher Lösung es kommen wird. Das britische Parlament könnte doch noch dem ausverhandelten – und eventuell mit Zusatzklauseln erweiterten – Vertrag zustimmen. Diese Variante ist jedoch aufgrund der deutlichen Ablehnung (432 zu 202 Stimmen) eher unwahrscheinlich. Auch die Gründung einer neuen Bewegung im britischen Unterhaus durch von der konservativen Partei (Tories) und der

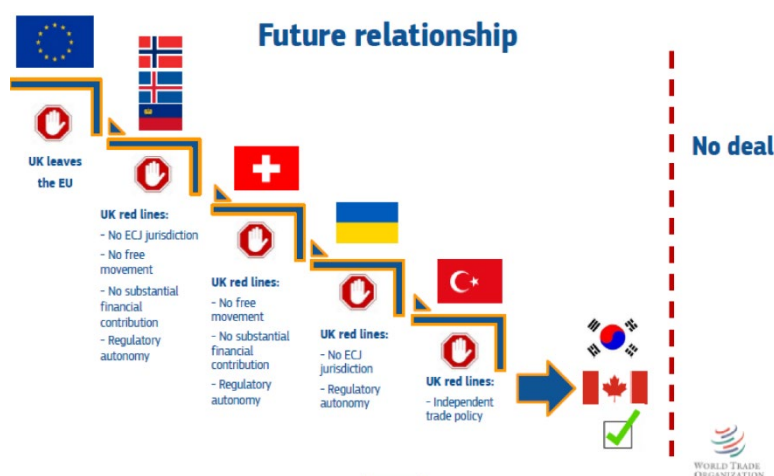
<sup>10</sup> Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

<sup>11</sup> Für den Fall, dass nach der Übergangsfrist keine Einigung über die weiteren Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vorliegt, kann das VK die bis dahin weiter aufrechte Zollunion mit der EU nur unter beidseitigem Einverständnis verlassen.

Arbeiterpartei (Labour Party) ausgetretene Parlamentarier und die danach erfolgte Richtungsänderung der Labour-Party zugunsten einer zweiten Brexit-Abstimmung hat die Unsicherheit über die weitere Entwicklung nicht verringert. Allerdings könnte es zu einer Verschiebung des Austrittsdatums um maximal drei Monate kommen. Einer längeren Verschiebung steht aber die Wahl zum Europaparlament Ende Mai (konstituierende Sitzung: 2. Juli) entgegen. Wäre das Vereinigte Königreich zum Zeitpunkt dieser Wahl noch EU-Mitglied, wären die britischen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt – ein Szenario, das in Brüssel jedoch bereits ausgeschlossen wurde. Alternative Lösungswege, wie etwa eine Rücknahme des Austrittsgesuchs oder Neuwahlen (aus Sicht des Vereinten Königreichs) oder eine unmittelbare Verhandlung über die zukünftigen Beziehungen ohne Einigung auf einen Austrittsvertrag (aus EU-Sicht) können gegenwärtig als eher unwahrscheinlich bis ausgeschlossen eingestuft werden. Eine erneute Volksabstimmung zum Brexit wird von der britischen Regierung nach wie vor ausgeschlossen.

Sollte bis zum Austrittsdatum keine politische Lösung gefunden werden, kommt es zu einem „harten“ Brexit, d.h. einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Austrittsvertrag. Das würde bedeuten, dass künftig der Außenhandel zwischen der EU und dem VK gemäß den Regeln der WTO abgewickelt werden würde, inklusive Zölle und Handelsbeschränkungen. Ein ungeordnetes Ausscheiden hätte aber auch für viele andere Bereiche unmittelbare Konsequenzen (Aufenthaltsgenehmigungen, Flugverkehr, Austauschprogramme, etc.).

Jede zu einem ungeordneten Austritt alternative Lösung wird als „sanfter“ Brexit bezeichnet. Im Falle einer Verhandlungslösung ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten hinsichtlich der



Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem VK. Wie eng die Beziehungen in Zukunft sein werden, hängt gegenwärtig primär von den Entscheidungen auf britischer Seite ab. Die nebenstehende Übersicht aus einer Präsentation von Michel Barnier zeigt mögliche Varianten für die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen.

Quelle: Europäische Kommission (2017)

Im Folgenden wird zunächst auf die konjunkturelle Situation im Vereinigten Königreich eingegangen.

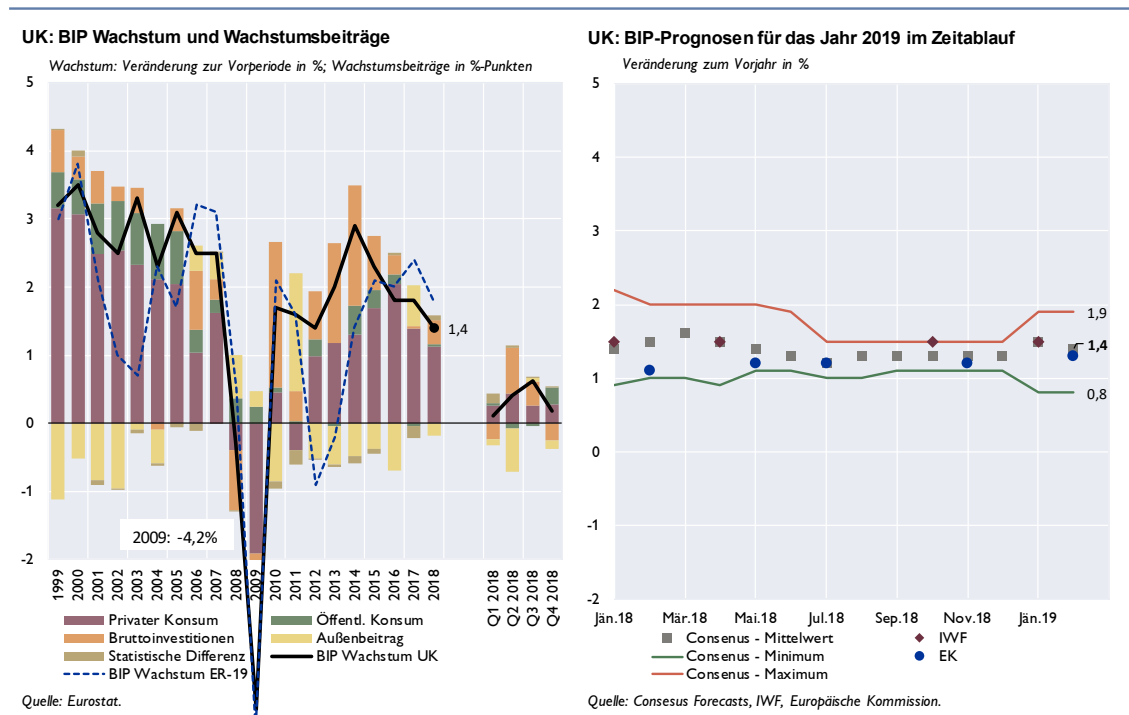
Im Anschluss werden die Ergebnisse mehrerer Studien dargestellt, die die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen eines sanften- oder eines harten Brexits quantifizieren.

### Vereinigtes Königreich: Aktuelle Konjunkturlage und Aussichten für 2019

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU (fünftgrößte der Welt) wies im Durchschnitt in den letzten 20 Jahren ein um 0,5 Prozentpunkt höheres BIP-Wachstum auf als der Euroraum. Der Konjunkturzyklus verlief nur teilweise synchron mit jenem der EU bzw. des Euroraums – die Hochkonjunktur 2006/07 war im Euroraum stärker ausgeprägt als im VK, das VK befand sich

aber bereits im Jahr 2008 in einer Rezession, war aber in den Jahren 2012 bzw. 2013 nicht von einer zweiten Rezession betroffen.

Die Folgen des Brexit-Votums zeigen sich in der vergleichsweise gedämpften Wachstumsperformance in den Jahren 2017 und 2018. Mit einem Zuwachs von 1,8% (2017) und 1,4% (2018) fiel das britische BIP-Wachstum trotz eines günstigen außenwirtschaftlichen Umfelds (weltweiter Aufschwung), einer weiterhin expansiven Geldpolitik und einer niedrigen Arbeitslosigkeit relativ gedämpft aus; der Euroraum wuchs in diesem Zeitraum um rund ½ Prozentpunkt stärker als das VK. Gebremst wurde die Wachstumsdynamik durch die hohe Unsicherheit, die mit dem anvisierten Brexit einhergeht und die sich in einer vergleichsweise schwachen Investitionsnachfrage und einem nur moderaten Wachstum des privaten Konsums niedergeschlagen hat.



Die Wirtschaftsindikatoren für das VK signalisieren auch für das heurige Jahr ein unverändert schwaches Wachstum. Die diesbezüglichen BIP-Prognosen basieren alle auf der Annahme eines sanften Brexits bzw. eines geordneten Austritts Ende März, einhergehend mit einer Übergangsphase bis zumindest Ende 2020, in der die künftigen Beziehungen (v.a. über einen Handelsvertrag) detailliert erarbeitet werden sollen. Bis zum Ende dieser Übergangsphase wäre das Vereinigte Königreich nach wie vor Mitglied der EU und damit dem EU-Binnenmarktregelwerk unterworfen (inklusive der Verpflichtung, den EU-Beitrag zu leisten sowie der Berechtigung, EU-Förderungen in Anspruch nehmen zu können). Mit Beginn der Übergangsphase würde das VK jedoch sein Mitspracherecht in den EU-Gremien verlieren. Da es in dieser Periode um die Klärung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen geht, bleibt folglich auch im sanften Austrittsszenario die Unsicherheit hoch. Die Prognosen für das heurige Wirtschaftswachstum sind seit Anfang 2018 beinahe unverändert geblieben; dies ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklung bzw. der erhöhten Wahrscheinlichkeit eines harten Brexits überraschend.

## **Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU – ein Überblick über die Ergebnisse der empirischen Studien**

Infolge des Brexit-Votums wurde eine Vielzahl von Studien erstellt, die die Auswirkungen des EU-Austritts auf das Vereinigte Königreich, auf die EU-27 und zum Teil auch auf die einzelnen Mitgliedsländer der EU zu quantifizieren versuchen. Um die ökonomischen Effekte umfassend abzubilden, müssen verschiedenste Wirkungskanäle analysiert werden. Darüber hinaus bauen die verschiedenen Studien auf recht unterschiedlichen Annahmen bzw. auf unterschiedlichen Szenarien auf. Inhaltlich handelt es sich zumeist um Steady State Analysen, d.h. es wird der Status quo mit einem neuen langfristigen Gleichgewichtszustand verglichen, ohne allerdings Informationen über den Anpassungspfad zu geben. Die Studien fokussieren auf die langfristigen Auswirkungen (Effekte nach 5-15 Jahren). Alle Arbeiten beinhalten die Quantifizierung der direkten Handelseffekte infolge der Einführung von Zöllen und anderer nicht-tarifärer Handelshemmnisse; einige Studien versuchen auch Wechselkurs-, FDI-, Produktivitäts- und Kapitalstockeffekte sowie Migrations-, EU-Budget- oder Finanzmarkteffekte zu analysieren bzw. zu quantifizieren.

Aus Platzgründen wird in dieser Ausarbeitung verzichtet, die vorliegenden Studien im Detail zu diskutieren.<sup>12</sup> Aufgrund der methodischen Unterschiede bzw. der den Studien unterlegten Annahmen und Szenarien sind die Studienergebnisse nur bedingt miteinander vergleichbar. Trotzdem ermöglicht die Vielfalt der Studien eine Einschätzung der potenziellen Brexit-Effekte auf das VK, die EU bzw. verschiedene EU-Mitgliedsländer, wie etwa Österreich. Auch ermöglichen sie, die ökonomischen Effekte eines sanften- und harten Brexits zu vergleichen.

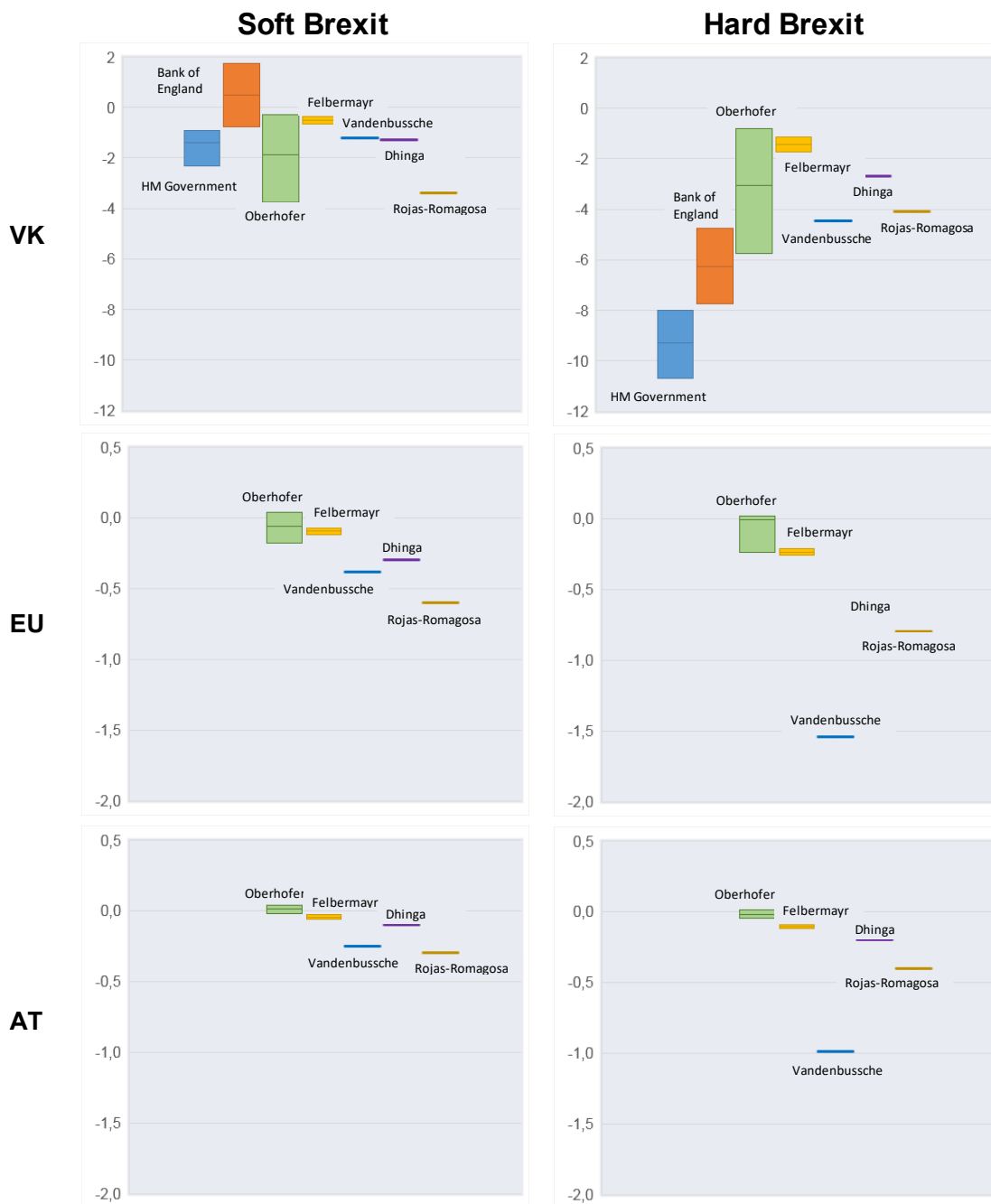
Die nachfolgende Grafik gibt einen selektiven Überblick, der die Ergebnisse der Studien der britischen Regierung (HM Government, Her Majesty's Government) und der britischen Notenbank (Bank of England) sowie jener Studien umfasst, die Schätzungen<sup>13</sup> auch für Österreich bieten. Ergebnisse werden (1) für das Vereinigte Königreich, (2) die EU-27 und (3) Österreich gezeigt. Verschiedene Szenarien der einzelnen Studien werden hierbei entweder als Soft- oder Hard-Brexit kategorisiert. Die Ergebnisse sind entweder als Bandbreite (inkl. Punktschätzer) oder nur als Punktschätzer verfügbar.

---

<sup>12</sup> Bisciari (2019) gibt einen umfassenden Überblick über alle bislang veröffentlichten Studien zu den ökonomischen Effekten des Brexits.

<sup>13</sup> Siehe auch Levell et al (2018), IMF (2018) sowie Vicard (2018).

## Überblick zu geschätzten Brexit-Effekten Veränderung des BIP-Niveaus in % nach 6 bis 15 Jahren



Quelle: HM Government (2018), Bank of England (2018), Oberhofer und Pfaffermayr (2017,2018), Felbermayr et al. (2017), Dhinga et al. (2017), Vandenbussche et al. (2017), Rojas-Romagosa (2016); eigene Darstellung.

Der Überblick zeigt, dass (1) für das Vereinigte Königreich beinahe alle Studien in fast allen Spezifikationen (klar) negative Auswirkungen auf das BIP erwarten.<sup>14</sup> Im Gegensatz dazu sind (2) die erwarteten Effekte für die EU-27 vergleichsweise gering. Die Auswirkungen auf die einzelnen

<sup>14</sup> Einzig in der Soft-Brexit Abschätzung der Bank of England sind auch positive Effekte möglich. Dies liegt daran, dass die Bank of England die der britischen Wirtschaft infolge des Referendums bereits entstandenen Einkommenseinbußen der letzten beiden Jahre mitberücksichtigt.

Mitgliedsländer der EU sind aber heterogen. Es zeigt sich (3), dass Österreich zu jenen EU-Ländern zählt, die vom Brexit makroökonomisch vergleichsweise gering betroffen sind. Der negative langfristige BIP-Niveauunterschied in Österreich selbst im Falle eines harten Brexit liegt in allen Studien (ausgenommen Vandenbussche et al. (2018)) bei weniger als 0,5%, d.h. das österreichische BIP-Niveau wäre ohne Brexit (je nach Studie nach 5-15 Jahren) um max. 0,5% höher als in einem Szenario mit dem britischen Austritt. Allerdings können sich infolge eines harten Brexits durchaus spürbare negative Effekte auf einzelne österreichische Unternehmen oder auch Regionen (z.B. Orte mit hohem Nüchternungsanteil von Briten) ergeben.

## Literatur

- Bisciari**, P. (2019): A survey of the long-term impact of Brexit on the UK and the EU27 economies. Working Paper Document No 366, National Bank of Belgium. January.
- Bank of England** (2018): EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability. November.
- Dhingra**, S., Huang, H., Ottaviano, G., Pessoa, J.P., Sampson, T. und Van Reenen, J. (2017): The Costs and Benefits of Leaving the EU: Trade Effects. Economic Policy, Volume 32, Issue 92, October.
- Felbermayr**, G., Gröschl, J., Heiland, I., Braml, M. und Steiniger M. (2017): Ökonomische Effekte eines Brexit auf die deutsche und europäische Wirtschaft. ifo Forschungsbericht 85, Juni.
- HM Government** (2018): EU Exit Long-term economic analysis. November 2018.
- IMF** (2018): Long-term impact of Brexit on the EU, Selected Issue, Euro area, Article IV Consultation Staff paper, July.
- Levell**, P., Menon, A., Portes, J. and Sampson, Th. (2018): The Economic Consequences of the Brexit Deal. Centre for Economic Performance (LSE) and The UK in a Changing Europe, London, November.
- Oberhofer**, H. und **Pfaffermayr**, M. (2017/2018): Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model. CESifo Working Papers 6828, Dezember.
- Rojas-Romagosa**, H. (2016): Trade effects of Brexit for the Netherlands. CPB Background Documents, June.
- Vandenbussche**, H., Connell, W. und Simons, W. (2017): Global value chains, trade shocks and jobs: An application to Brexit. CEPR Discussion paper 12303.
- Vicard**, V. (2018): Une estimation de l'impact des politiques commerciales sur le PIB par les nouveaux modèles quantitatifs de commerce. Focus du Conseil d'Analyse économique, n°22, juillet.